

Im Überblick ...

Thomas Bärthlein und Nisa Punnampambil

Mißtrauensvotum gescheitert

Das indische Parlament hat am 1. Mai ein Mißtrauensvotum gegen die BJP-geführte Regierung wegen der Massaker in Gujarat klar zurückgewiesen. 276 Abgeordnete stimmten für die Regierung, 182 dagegen.

Die *Congress*-Opposition ging im Parlament hart mit der Regierung ins Gericht. Arjun Singh, einer ihrer führenden Politiker, verglich die Situation in Gujarat bei einer Debatte in der Länderkammer *Rajya Sabha* mit dem Anfang der Judenverfolgung unter dem Nationalsozialismus in Deutschland - ein Vergleich, den zuvor bereits die prominente Schriftstellerin Arundhati Roy gebraucht hatte.

Congress-Chefin Sonia Gandhi forderte auch den BJP-Ministerpräsidenten von Gujarat, Narendra Modi, zum Rücktritt auf. Aus Gujarat, der Heimat Mahatma Gandhis, sei die Heimat seines Mörders Nathuram Godse geworden, sagte sie.

Maoisten weiter aktiv im Osten

Maoistische Kämpfer, sogenannte Naxaliten, haben Anfang Mai durch Anschläge in Bihar und Jharkhand Aufsehen erregt. In Jharkhand, dem ehemaligen Süden Bihars, der inzwischen ein eigener Bundesstaat ist, wurden 15 Polizisten getötet, als ihr Fahrzeug über eine Landmine fuhr, die vermutlich von Maoisten gelegt worden war.

Auch bei Feuergefechten in der Region kamen zahlreiche Polizisten ums Leben. In Bihar starben bei Überfällen auf Dörfer mehrere Zivilisten. Im einen Fall sollen Rivalitäten zwischen unterschiedlichen Maoisten-Gruppen der Grund gewesen sein, im anderen hat die berüchtigte Grundbesitzer-Miliz *Ranvir Sena* sechs Arbeiter getötet. Die *Ranvir Sena* ist eine Privat-Armee, die seit Jahren die verschiedenen Naxaliten-Gruppen in Bihar bekämpft.

Gujarat: Polizei an Massakern beteiligt

Internationale Menschenrechtsorganisationen haben die Rolle von Polizei und Regierung in Gujarat bei den Massakern an Hunderten von Muslimen scharf kritisiert. Bei den Ausschreitungen sind offiziellen Angaben zufolge seit Februar fast 1.000 Menschen getötet worden; Menschenrechtler und westliche Diplomaten halten aber eine Zahl von 2.500 Toten für realistischer. Gujarats Ministerpräsident Narendra Modi bleibt bei seiner Version, die Gewalt sei eine spontane Reaktion darauf gewesen, daß Muslime am 27. Februar einen Zug mit Hindu-Aktivisten in der Stadt Godhra in Brand steckten. Innerhalb von drei Tagen habe die Polizei die Lage unter Kontrolle gehabt.

Nach einer Untersuchung von *Human Rights Watch* (HRW) aus den USA haben dagegen Polizisten und Aktivisten der in Gujarat regierenden hindu-nationalistischen BJP sogar häufig die Meute der Verfolger von Muslimen angeführt. Ermittlungen gegen die Mörder würden behindert, so HRW, Polizisten, die sich für die Muslime eingesetzt hätten, seien ihres Amtes enthoben worden. In einem Bericht von *amnesty international* heißt es, die zuständigen Behörden hätten verfolgte Mus-

lime in Gujarat nicht geschützt. Auch indische Menschenrechtsorganisationen haben der Polizei Untätigkeit und sogar Beteiligung an den Massakern vorgeworfen (siehe auch das Interview mit dem indischen Menschenrechtsaktivisten Ravi Nair in dieser Ausgabe). Einzelberichte von Überlebenden bestätigen, daß Polizisten Muslime in die Arme ihrer Verfolger getrieben haben und auf Flichtende schossen.

Noch mehr als drei Monate nach den ursprünglichen Ereignissen kommt es in Gujarat immer wieder zu sporadischen Gewaltausbrüchen zwischen Hindus und Muslimen. Circa 100.000 Menschen, die meisten von ihnen Muslime, leben immer noch in Lagern, weil ihre Häuser zerstört sind oder weil sie weitere Gewalt fürchten, wenn sie nach Hause zurückkehren.

Mittlerweile ist K.P.S. Gill als Sonderberater nach Gujarat entsandt worden, um für ein Ende der Gewalt zu sorgen und die Polizei zu reformieren. Gill ist bekannt in Indien für sein entschlossenes Vorgehen gegen Separatisten im Punjab in den neunziger Jahren. Er hat angekündigt, Beschwerden gegen die Polizei in Gujarat würden geprüft und Fehlverhalten müsse bestraft werden.

A.P.J. Abdul Kalam soll neuer Präsident werden

Die Regierungskoalition in Delhi hat den Raketen-Entwickler A.P.J. Abdul Kalam für das Amt des indischen Präsidenten nominiert. Der 71jährige Kalam wird auch als „Vater der indischen Atombombe“ bezeichnet, weil er im Vorfeld der Nukleartests 1998 eine prominente Rolle spielte. Was ihn, gerade auch für die Hindu-Nationalisten von der BJP, außerdem zu einem attraktiven Kandidaten macht: Kalam ist glühender indischer Nationalist, aber eben auch Muslim. Gerade in einer Zeit, wo die BJP wegen der

Massaker an Muslimen in Gujarat im Kreuzfeuer der Kritik steht, eine opportune Wahl.

Kalam wäre der dritte Muslim im Präsidentenamt - das als weitgehend repräsentativer Posten schon häufig dazu diente, Vertreter von Minderheiten ins Rampenlicht zu rücken. So ist der Amtsinhaber Narayanan beispielsweise der erste Dalit in einem hohen Staatsamt. Sein Nachfolger wird am 15. Juli von einem Parlamentarier-Gremium aus Union und Bundesstaaten bestimmt.

... Im Überblick ...

Kashmir zwischen Gewalt und Hoffnung

In die Innenpolitik des indischen Unionsstaats *Jammu and Kashmir* ist in Zeiten der harten außenpolitischen Konfrontation zwischen Indien und Pakistan einige Bewegung gekommen. Der Separatistendachverband *Hurriyat Conference* hat angeboten, mit den Rebellen eine Waffenruhe auszuhandeln, wenn sich die indische Armee zurückziehe.

Der *Hurriyat*-Hardliner Syed Ali Shah Jilani ist unter dem neuen Anti-Terror-Gesetz POTA inhaftiert worden. Der gemäßigtere *Hurriyat*-Politiker Abdul Gani

Lone wurde in Srinagar ermordet.

Nach zweijährigem Stillstand hat Premierminister Vajpayee bei einem Treffen mit Kashmirs Ministerpräsidenten Farooq Abdullah Entgegenkommen bei der Frage zusätzlicher Autonomie-Rechte für den Staat signalisiert.

In *Jammu and Kashmir* müssen spätestens Mitte Oktober Landtagswahlen stattfinden. Die *Hurriyat* hat die letzten Wahlen boykottiert, bei denen Berichten zufolge die Armee viele Bürger zur Abstimmung „gedrängt“ hat.

Regierung: Vajpayee ist topfit

Mit Empörung hat das Büro des indischen Ministerpräsidenten Vajpayee auf einen Artikel des US-Nachrichtenmagazins *Time* vom 17. Juni reagiert. *Time*-Reporter Alex Perry hatte unter anderem berichtet, Indiens Regierungschef schlafe häufig bei Besprechungen ein und rede unzusammenhängend. Bisweilen könne er sich nicht einmal an den Namen seines Außenministers Jaswant Singh erinnern. Ein westlicher Diplomat, so Perry, habe Vajpayee nach einer Begegnung kürzlich als „halbtot“ charakterisiert. Tenor des Be-

richts: So jemandem kann man nicht die Kontrolle über ein Nuklearwaffen-Arsenal anvertrauen.

Vajpayees Büro kommentierte, Perrys Artikel sei voll von Behauptungen, die jeder Grundlage entbehrten. Schon das Alter des Premiers sei darin falsch angegeben. Perry wurde nach seinem Bericht mehrfach von indischen Behörden vorgeladen. Kommentatoren in der indischen Presse rieten Vajpayee zu mehr Gelassenheit im Umgang mit ausländischen Medien.

Law breaker, law maker?

Der oberste Gerichtshof Indiens hat die Wahlkommission angewiesen, vor einer Wahl Angaben über eine mögliche kriminelle Vergangenheit, die Eigentumsverhältnisse und die Qualifikation der Kandidaten zu veröffentlichen. Die Richter folgten damit dem Antrag der Nichtregierungsorganisation *Association for Democratic Reforms*, und wiesen Einwände der Regierung und des oppositionellen *Congress* zurück.

Beobachter haben immer wieder kritisiert, daß in der indischen Politik, vor al-

lem auf der Ebene der Unions-Staaten, der Einfluß der organisierten Kriminalität zunimmt.

Zwar ist jetzt schon davon auszugehen, daß die meisten Wähler informiert sind, was „ihr“ Kandidat auf dem Kerbholz hat. Das Gerichtsurteil kann sie auch nicht daran hindern, für Kriminelle zu stimmen. Aber es dürfte die Hemmschwelle erhöhen. Zitat aus dem Urteil: „Der kleine Mann kann es sich noch einmal überlegen, bevor er einen Gesetzesbrecher zum Gesetzesmacher wählt.“

Mayawati die dritte

Zum dritten Mal ist die Dalit-Politikerin Mayawati von der *Bahujan Samaj Party* (BSP) Anfang Mai Ministerpräsidentin des größten Unionsstaats Uttar Pradesh geworden. Während ihre bisherigen Amtszeiten nach vier bzw. sechs Monaten zu Ende waren, hat der Koalitionspartner BJP diesmal eine Unterstützung über die volle Legislaturperiode von fünf Jahren versprochen. Die Regierungsbildung hatte sich nach den Wahlen im Februar hingezogen, weil zunächst keine der drei stärksten Gruppierungen BJP, BSP und SP mit einer anderen koalieren wollte. Das Zusammengehen von BJP und BSP ist insofern pikant, als die Wählerschaft der beiden Parteien sich stark unterscheidet: Während die BJP stärker von hochkastigen Hindus gewählt wird, unterstützen vor allem Dalits und Muslime die BSP. Die Abneigung geht so weit, daß auch bei Wahlbündnissen BSP-Stammwähler in der Regel nicht für den BJP-Kandidaten stimmen, obwohl sie die Parteiführung dazu auffordert. Mayawati ist fast jedes Mittel recht, um ihre Ziele zu erreichen, insbesondere ihre Klientel in attraktive Positionen zu befördern. Kompromißbereitschaft hat sie in der Vergangenheit nicht bewiesen. Für die BJP ist die Unterstützung Mayawatis daher ein gefährliches Pokerspiel.

Neuer BJP-Landeschef ist der Hardliner Vinay Katiyar, ehemaliger Chef der militanten Hindu-Gruppe *Bajrang Dal*. Die BJP in Uttar Pradesh ist seit langem in verschiedene Fraktionen zerstritten.

Die oppositionelle *Samajwadi Party* (SP), die als stärkste Fraktion im Landes-Parlament nun nicht an der Regierung beteiligt ist, hat kritisiert, daß Mayawati als Gegenleistung für die Regierungsübernahme die Strafverfolgung von Indiens Innenminister L.K. Advani und anderer BJP-Größen wegen der Zerstörung der Babri-Moschee in Ayodhya 1992 blockiere.

... Im Überblick

Thomas Bärthlein und Nisa Punjiamperambil

Maruti noch japanischer

Der Suzuki-Konzern übernimmt die Mehrheit beim wichtigsten indischen PKW-Hersteller Maruti. Bisher gehörte Maruti als *Joint Venture* je zur Hälfte Suzuki und dem indischen Staat. Jetzt hat der japanische Autobauer seinen Anteil auf gut 54 Prozent erhöht; der indische Staat will den Rest in den kommenden Jahren an Kleinaktionäre abgeben. Maruti produziert seit 1983 vor allem Kleinwagen, aber z. B. auch den Geländewagen *Gypsy*; bei PKW-Neuzulassungen liegt der Marktanteil in Indien immer noch bei 58 Prozent, obwohl nach Suzuki auch viele andere ausländische Hersteller auf den indischen Markt drängen. Der Maruti ist damit der typische Kleinwagen der viel beschworenen konsumkräftigen indischen Mittelschichten geblieben. Maruti hat seine Fabrik in Gurgaon bei Delhi und beschäftigt dort fast 5.000 Arbeiter. (www.marutiudyog.com)

Bisleri auf Partnersuche

Auch Indiens größter Mineralwasser-Hersteller Bisleri sucht nach einem finanzkräftigen ausländischen Partner. Bisleri-Konzernchef Ramesh Chauhan kündigte Verhandlungen mit den Nahrungsmittelmultis Nestle und Danone an. Er wolle einen Anteil von 49 Prozent verkaufen. Nach einem Bericht der indischen Wirtschaftszeitung *Economic Times* ist der Marktanteil von Bisleri in den vergangenen fünf Jahren von 80 auf zuletzt 45 Prozent gefallen. Bisleri habe in dieser Zeit einen Verlust von 360 Millionen Rupien angehäuft. Kinley - das zu Coca-Cola gehört - hat dagegen inzwischen einen Anteil von 30 Prozent erreicht. Mit Wasser in Flaschen wird in Indien zur Zeit ein Jahresumsatz von acht Milliarden Rupien erzielt. Ein Einstieg bei Bisleri böte dem Käufer eine einmalige Chance, auf dem rasant wachsenden Markt Fuß zu fassen.

Mahnwachen für den Maan

Erneut macht ein kleinerer Damm des Narmada-Projektes Schlagzeilen: Der Maan-Damm ist ein Bewässerungs-Damm in einem Adivasi-Gebiet am Fluß Maan. Er ist umgeben von 17 kleinen Dörfern mit einer Gesamtbevölkerung von 6.000 Bewohnern. Umsiedlungsvorhaben könnten in diesem Fall realistisch durchgeführt werden.

Der Bau des Maan-Damms wurde 1994 gesetzlich beschlossen - mit der Bedingung, daß die betroffenen Adivasis auf keinen Fall in Waldgebieten, sondern auf landwirtschaftlich nutzbaren Flächen angesiedelt würden. Die Regierung des Staates Madhya Pradesh hat sich jedoch darüber hinweggesetzt und den Betroffenen statt dessen kleinere Geldbeträge zur Entschädigung ausgezahlt.

Die Adivasis weigern sich bislang, ihre Dörfer zu verlassen. In diesem - wie schon im vergangenen - Jahr drohen die Regenfälle des Monsuns die Dörfer zu fluten. Die Regierung geht zunehmend aggressiver vor. Schulen, Gesundheitszentren und Lagerräume wurden von der Polizei dem Erdboden gleichgemacht. Riesige Waldflächen wurden gerodet und alle elektrischen Anschlüsse gekappt. Außerdem wurden in der heißesten Jahreszeit die

Brunnen versiegelt und alle Handpumpen zerstört. Die Regierung hat angedroht, die Häuser der Adivasis zu zerstören.

Seit dem 15. Mai protestieren nun ungefähr 400 Betroffene vor der Landeshauptstadt Bhopal. Einige Betroffene und ein Mitglied des NBA befanden sich drei Wochen lang im Hungerstreik, um eine Umsiedlung zu erwirken. Am 13. Juni nahm die Polizei in einer Großaktion 250 Demonstranten fest.

Die Organisation *Urgewald* rief zu einer internationalen E-mail-Aktion auf. Nach 29 Tagen und der internationalen Unterstützung von vielen Protestlern wurde der Hungerstreik beendet. Die Regierung von Madhya Pradesh hat zugestimmt, ein Komitee berühmter Persönlichkeiten zusammenzustellen, welches die Forderungen der Betroffenen anhört und eine Umsiedlung bis spätestens zum 31. Juli vollzieht.

Urgewald gibt sich nicht damit zufrieden und ruft dazu auf, eine neue Serie von Protestbriefen an die Landesregierung und *Congress*-Präsidentin Sonia Gandhi zu verschicken mit der Forderung nach unverzüglicher Umsiedlung, da sonst die Monsun-Regenfälle zu einer humanitären Katastrophe führen könnten.

Mord an Organspender in Karnataka

Der erste in der Öffentlichkeit bekannt gewordene Mord an einem Organspender wird aus dem Bundesstaat Karnataka gemeldet. Ein Autoriksha-Fahrer, der seine Niere für 45.000 Rupien rausoperiert bekam, wurde nach der Entlassung aus dem Krankenhaus von seinem Agenten abgeholt. In einem nahegelegenen Dorf bekam er das Geld wieder abgenommen, um dann von einem Auftragsmörder getötet zu werden.

Dieser Fall hat das Thema Organhandel wieder verstärkt in die Öffentlichkeit ge-

bracht. In Karnataka konnten die Behörden im Zeitraum von 1995 bis 2002 von 982 Organhandel-Transaktionen verzeichnen. Insbesondere der Nierenhandel floriert in dem südindischen Bundesstaat. Hatten sich in der Vergangenheit arme, verschuldete Menschen meistens freiwillig an Nierenhändler gewandt, um sich und ihre Familien mit dem „Organgeld“ aus der Misere zu retten, so erreicht das Problem mit dem vorliegenden Fall eines *murder-for-gain* (Profitmordes) eine neue Dimension.